BUNDESAMT FÜR GESUNDHEIT

**Bericht über die Ergebnisse der Anhörung zur Änderung der
Verordnung über die Betäubungsmittel und die psychotropen
Stoffe als Folge der Assoziierung der Schweiz an Schengen**

3003 Bern, Oktober 2006

Inhaltsverzeichnis

1.	Ausgangslage	3
2.	Auswertung der ersten Anhörung	5
2.1.	Zusammenfassung der Ergebnisse der ersten Anhörung	5
2.2	Bemerkungen zu den Änderungsvorschlägen der Betäubungsmittelverordnung.....	6
2.2.1	Allgemeine Kommentare	6
2.2.2	Stellungnahme zu den einzelnen Artikeln.....	6
2.3	Übersicht der eingegangenen Stellungnahmen und Bemerkungen.....	8
3.	Auswertung der zweiten Anhörung	9
3.1.	Zusammenfassung der Ergebnisse der zweiten Anhörung	9
3.2.	Bemerkungen zur Änderung der Betäubungsmittelverordnung	9
4.	Fazit	10
	Anhang 1: Adressaten der ersten Anhörung	11
	Anhang 2 : Adressaten der zweiten Anhörung	13
	Anhang 3: Abkürzungsverzeichnis:	14

1. Ausgangslage

Die Schweiz hat die Abkommen zur Assoziierung an Schengen/Dublin gutgeheissen. Diese werden voraussichtlich im Frühjahr 2007 in Kraft treten. Die effektive Anwendung der Abkommen erfolgt allerdings nicht bereits zu diesem Zeitpunkt, sondern vielmehr erst, nachdem der Rat der EU die förmliche Inkraftsetzung beschlossen hat. Voraussetzung hierfür ist der Abschluss aller notwendigen Umsetzungsarbeiten in der Schweiz und die erfolgreiche Evaluation durch die übrigen Schengen- bzw. Dublinstaaten. Mit der förmlichen Inkraftsetzung seitens der EU ist voraussichtlich im Herbst 2008 zu rechnen.

Die meisten der Betäubungsmittelvorschriften des Schengen-Besitzstandes haben in der Schweiz keinen gesetzgeberischen Anpassungsbedarf ausgelöst. Einzig für den Aspekt der *Ein- und Ausfuhr von Betäubungsmitteln durch kranke Reisende* musste eine Regelung geschaffen werden¹. Nachdem mit Artikel 5 Absatz 1^{bis} Betäubungsmittelgesetz (BetmG)² die notwendige Rechtsgrundlage für die Ausstellung der Bescheinigung geschaffen worden ist, welche kranken Reisenden das grenzüberschreitende Mitführen von Betäubungsmitteln erlaubt, müssen nun die Einzelheiten auf Verordnungsebene geregelt werden.

Das in der ersten Anhörung, die vom 11. Januar 2006 bis zum 7. März 2006 dauerte, vorgestellte Modell in Bezug auf die Mitnahme von ärztlich verschriebenen Betäubungsmitteln innerhalb des Schengener Raumes stiess zwar mehrheitlich auf ein positives Echo, es wurden jedoch eine grosse Anzahl nicht zu vernachlässigender Stellungnahmen eingereicht, die den zusätzlichen Aufwand für die Kantone kritisieren und den Wunsch äussern, ein einfacheres Modell vorzuschlagen. Dies vor allem in Bezug auf die Beglaubigung der ärztlichen Bescheinigung durch die zuständige kantonale Instanz: Der Vorschlag basierte auf der Idee, dass der Patient das vom Arzt ausgefüllte Formular für die Mitnahme von Betäubungsmitteln an die zuständige kantonale Instanz – in der Regel den Kantonsarzt – hätte zustellen müssen, um die vom Schengener Durchführungsübereinkommen vorgeschriebene Beglaubigung einzuholen. Dieser Weg wurde verschiedentlich als zu kompliziert kritisiert, der zudem den Kantonen einen erheblichen Mehraufwand bringen würde. In der Annahme, dass die zustimmenden Kantone nichts gegen eine einfachere Lösung einzuwenden hätten, wurde ein einfacheres System vorgeschlagen, welches trotzdem noch mit den Vorgaben von Schengen vereinbar ist. Das in Norwegen praktizierte Modell diente hierzu als Grundlage.

Der neue Lösungsvorschlag, welcher vom 11. Juli bis 25. August 2006 in eine zweite Anhörung bei den interessierten Kreisen geschickt wurde, sieht wie folgt aus: Der Patient, der ärztlich verschriebene Betäubungsmittel in den Schengener Raum ausführt, erhält auf Anfrage eine Bescheinigung, die vom verschreibenden Arzt ausgestellt wird. Der Patient holt das verschriebene Betäubungsmittel mit dem ärztlichen Rezept in der Apotheke ab und unterbreitet gleichzeitig dem Apotheker das Formular zur Beglaubigung. Nach erfolgter Beglaubigung erhält der Patient die Bescheinigung zurück. Ist der Arzt zur Selbstdispensation befugt und gibt er das Betäubungsmittel selber ab, beglaubigt er die Bescheinigung selber. Der Apotheker, im Falle der Selbstdispensation der Arzt, ü-

¹ vgl. Botschaft Bilaterale II, BBl 2004 5965, 6167 ff.

² Bundesgesetz vom 3. Oktober 1951 über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe: SR 812.121.

bermittelt eine Kopie der Bescheinigung an die zuständige kantonale Behörde des Kantons, in dem die ärztliche Behandlung stattgefunden hat.

Im Unterschied zum ersten vorgeschlagenen Modell fügt sich diese Lösung besser in das schweizerische System der Medikamentenabgabe ein. Die Kantone werden von zusätzlichem Aufwand weitgehend verschont. Dem Patienten wird der Gang zur kantonalen Stelle erspart, er erhält das Zertifikat vom Arzt und die Beglaubigung durch den Apotheker, der ihm das Betäubungsmittel abgibt (allenfalls durch den Arzt, wenn dieser die Medikamente selber abgeben darf). Der Aufwand für die Apotheker bewegt sich im Rahmen der üblichen Kontrolle bei der Abgabe von Medikamenten auf Rezept.

Im folgenden wird die Auswertung der beiden Anhörungen vorgestellt.

2. Auswertung der ersten Anhörung

2.1. Zusammenfassung der Ergebnisse der ersten Anhörung

Das BAG hat am 11. Januar 2006 eine Anhörung eröffnet, die bis zum 7. März 2006 dauerte und in welcher die kantonalen Gesundheitsdirektionen und Kantonsärzte sowie die FMH und die Patientenorganisation begrüsst wurden.

Es sind 27 Stellungnahmen - von 56 angeschriebenen Anhörungsadressaten - eingegangen:

- Kantonale Gesundheitsdepartemente³ : AG, AI, AR, BE, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE⁴, OW, SG, SO, SZ, TI, UR, VD, VS, ZG⁵.
- Kantonärzten und -ärztinnen der Kantone: BL, JU, LU, SO, VD, ZH.
- FMH (ihre Eingabe stützt sich auch auf die Stellungnahmen der Schweiz. Gesellschaft für Suchtmedizin SSMA und der Vereinigung der Kantonsärzte).

Hinweis: in einigen Fällen wurden die Stellungnahmen der Gesundheitsdepartemente und Kantonsärzte in einer Stellungnahme eingereicht.

Von den 27 eingegangenen Stellungnahmen akzeptieren alle die Notwendigkeit der Anpassung der Regelung für kranke Reisende als Folge der Assoziierung an Schengen. Niemand spricht sich gegen den Grundsatz aus, der besagt, dass kranke Reisende Betäubungsmittel mit sich führen dürfen, die sie im Rahmen einer ärztlichen Behandlung erhalten haben, soweit sie eine besondere Bescheinigung besitzen. Allerdings bestehen in der Frage der Ausgestaltung dieses Grundsatzes unterschiedliche Meinungen.

- Kommentarlos zugestimmt haben: AI, AG, AR (weist darauf hin, dass nur die Praxisbewilligungsberechtigung durch die zuständige kantonale Behörde bestätigt werden kann, dies entspricht auch der vorgeschlagenen Regelung), BE, BL, KA, GR, LU, SO, UR, SO.
- Zustimmung, jedoch Bedenken und Bemerkungen zu einzelnen Vorschlägen: FR, GE, GL, JU, JU KA, LU KA, NE, OW, SG, VS, ZG, FMH.
- Ablehnung, falls die Regelung nicht geändert wird: TI, ZH KA. VD und VD KA sind der Ansicht, dass eine Umsetzung nicht möglich sein wird, da die kantonalen Ressourcen nicht genügen würden, somit müssen ihre Stellungnahmen als eher ablehnend eingestuft werden.
- SZ verzichtet auf eine Stellungnahme.

³ Die Namen der Gesundheitsdepartemente variieren von Kanton zu Kanton, der Einfachheit halber wird von Gesundheitsdepartementen gesprochen, in der Liste im Anhang... sind die jeweiligen Bezeichnung der kantonalen Gesundheitsdepartemente aufgeführt.

⁴ Stellungnahme in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei, des Kantonsapothekers und der Kantonsärztin

⁵ Stellungnahme in Zusammenarbeit mit dem Kantonsarzt

2.2 Bemerkungen zu den Änderungsvorschlägen der Betäubungsmittelverordnung

2.2.1 Allgemeine Kommentare

Die grosse Mehrheit anerkennt den Grundsatz, dass die Betäubungsmittelverordnung an die Vorgaben von Schengen angepasst werden muss. Kritik wird vor allem gegen den erhöhten Verwaltungsaufwand der Kantone erhoben.

2.2.2 Stellungnahme zu den einzelnen Artikeln

Art 40: Einfuhr von Betäubungsmitteln durch kranke Reisende

NE bedauert die kurze Dauer von 30 Tagen. Ein Touristenvisum sei drei Monate gültig und es wäre sinnvoll, die erlaubte Menge an Betäubungsmitteln analog auf drei Monate festzulegen.

Art. 40a Ausfuhr durch kranke Reisende

Abs. 1 kranke Reisende können die zu ihrer Behandlung während maximal einem Monat notwendigen Betäubungsmittel bewilligungsfrei ausführen, sofern dies das Bestimmungsland erlaubt:

Die unterschiedliche Behandlung von Schengen- und Nicht-Schengen Staaten wird kritisiert: JU, ZG verlangt, dass auf dem offiziellen Formular informiert werde, für welche Staaten die Bescheinigung Geltung hat.

Abs. 2: Ausstellung der Bescheinigung durch behandelnden Arzt:

Die im Entwurf gewählte „Kann-Formulierung“, dass kranke Reisende von ihrem behandelnden Arzt eine besondere Bescheinigung verlangen können, ist verwirrend, und sollte durch eine „Muss-Formulierung“ ersetzt werden: JU, GL, OW.

Absatz 3: Übermittlung der Bescheinigung an die zuständige kantonale Instanz zur Beglaubigung:

- Die Übermittlung der Bescheinigung durch den Patienten zur Beglaubigung an die zuständige kantonale Instanz wird als zu kompliziert und unnötig kritisiert, die zu einem hohen Verwaltungsaufwand führen wird: FR (Beglaubigung durch Swissmedic), TI (Formulare sollen an zugelassene Ärzte verteilt werden), ZG (Missbrauchsgefahr, vorzuziehen ist direkte Übermittlung durch bescheinigenden Arzt), GE, FMH (Unterschrift und Stempel des behandelnden Arztes sollten genügen, mit Kopie an Kantonsarzt, JU, JU KA, VD, VD KA, NE, ZH KA,
- Die Schaffung einer Gebührengrundlage für die kantonalen Beglaubigungen und allenfalls einer Tarifposition für Ärzte werden verlangt: FR, NE, VD, VD KA, ZH KA.

Abs. 4: Gültigkeitsdauer von maximal 30 Tagen. Für jedes verschriebene Betäubungsmittel gesonderte Bescheinigung erforderlich:

- Befristung auf 30 Tage ist zu kurz: JU, JU KA, NE (Analogie zu Touristenvisum schaffen: 3 Monate).
- Es sollte möglich sein, mehrere Betäubungsmittel auf dieselbe Bescheinigung zu setzen: JU, JU KA, ZH KA.

Art. 40b Auskunftserteilung

Abs. 1: Swissmedic als internationale Auskunftsstelle und

Abs. 2: Auskunftserteilung an ausländische Stellen durch zuständige kantonale Behörde:

Die FMH möchte, dass nur eine Auskunftsstelle bezeichnet wird, im Idealfall die Institution, die konkrete Informationen über die Verschreibung im Einzelfall hat.

Abs. 3: Information von Swissmedic durch die zuständigen kantonalen Instanzen über die Zahl der beglaubigten Bescheinigungen und ev. weitere Auskünfte zu statistischen Zwecken:

- Die Meldepflicht der Kantone an Swissmedic ist zu streng: JU, JU KA.
- eine weitergehende Informationspflicht zu statistischen Zwecken geht zu weit, eine solche müsste in der BetmV klar umgrenzt und durch Swissmedic entschädigt werden: ZG.

TI möchte die Absätze 2 und 3 ganz streichen. Allenfalls würde es genügen, eine Kopie der Bescheinigung direkt an Swissmedic zu schicken.

Art. 40c Notfallausrüstung

FR möchte in diesem Artikel den Zusatz der Gegenseitigkeit einfügen.

Andere Bemerkungen:

- Psychotrope Stoffe sollen nicht unter diese Regelung fallen: NE, TI, VD, VD KA, VS (Artikel 1 Abs. 3 Bst. c BetmG ausschliessen), ZH KA. Bzw. eine Liste der Betäubungsmittel, welche unter diese Regelung fallen, sollte beigelegt werden: LU KA.
- Die Bestimmungen zum Datenschutz bezüglich Information der Patienten über eine mögliche Weitergabe ihrer Daten sind kompliziert: VD, VD KA und SG wünschen, dass ein diesbezüglicher Hinweis für die Patienten bereits auf dem Bescheinigungsformular gemacht wird.

2.3 Übersicht der eingegangenen Stellungnahmen und Bemerkungen

Zustimmung ohne Bemerkungen	AI, AG, AR, BE, BL KA, GR, LU, SO, UR, SO KA
Ablehnung bzw. keine Ressourcen für Umsetzung, falls die Regelung nicht geändert wird	TI, VD, VD KA, ZH KA,
Muss- statt Kann-Formulierung in Artikel 40a Abs. 2 BetmV	JU, GL, OW
Zu grosser Verwaltungsaufwand/Beglaubigung durch zuständige kant. Instanz unnötig	FR, GE, JU, JU KA, NE, TI, ZG, ZH KA, VD, VD KA, FMH
Auskunftserteilung durch kantonale Behörde/Swissmedic an ausländische Behörde (eine Auskunftsstelle genügt) Jährliche Meldung durch kant. Behörden an Swissmedic und allenfalls Zusatzinformationen gemäss Artikel 40 b Abs. 3 BetmV geht zu weit	TI, ZG, JU, JU KA, FMH
Gebühregrundlage schaffen für die Aufwendungen der Kantone und/oder Tarifposition für Ärzte	FR, NE, VD, VD KA, ZH KA.
Kritik an der Unterscheidung Schengen-Staaten und Nicht-Schengen-Staaten / Hinweis auf Formular, für welche Staaten die Bescheinigung gilt	JU, ZG
Es sollte möglich sein, mehrere Betäubungsmittel auf dieselbe Bescheinigung zu setzen	JU, JU KA, ZH KA.
30 Tage sind zuwenig/Ausnahmeregelungen zulassen Touristen in der Schweiz sollten für 3 Monate Betäubungsmittel mitnehmen dürfen, entspricht Dauer des Visums für Touristen	JU, JU KA, NE
Datenschutzbestimmungen: Hinweis auf allfällige Datenweitergabe sollte bereits auf dem Formular stehen	SG, VD, VD KA
Liste der zu bescheinigenden Betäubungsmittel soll die psychotropen Stoffe nicht enthalten	LU KA (Liste der Betäubungsmittel beilegen), NE, TI, VD, VD KA, VS (Art.1 Abs. 3c BetmG ausschliessen)
Ablehnung, falls die Regelung nicht geändert wird	TI, VD, VD KA, ZH KA.

3. Auswertung der zweiten Anhörung

3.1. Zusammenfassung der Ergebnisse der zweiten Anhörung

Das BAG hat am 11. Juli 2006 eine zweite Anhörung eröffnet, die bis zum 25. August 2006 dauerte und in welcher, zusätzlich zu den in der ersten Anhörung begrüßten Adressaten, die Kantonsapotheker zu einer Stellungnahme eingeladen wurden.

Es sind 25 Stellungnahmen eingegangen:

- Kantone (Gesundheitsdepartemente/Kantonsärzte/Kantonsapothekerinnen): AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, NE, NW, OW, SG, SO, SZ⁶, TI, VD, ZG, ZH.
- Schweizerischer Apothekerverband (SAV), Kantonsapothekerin GR,
- Schweizerische Patienten- und Versicherten Organisation (SPO)
- FMH.

Von den 25 eingegangenen Stellungnahmen spricht sich, wie bereits in der ersten Anhörung, keine gegen den Grundsatz der Notwendigkeit einer Anpassung an die Schengen-Vorgaben aus. Dieser zweite Vorschlag stiess im Vergleich zum ersten, auf grössere Akzeptanz; es wurden lediglich ein paar Änderungsvorschläge eingebracht. Einzig ZG äusserte sich ziemlich skeptisch gegenüber der neuen, recht liberalen Lösungsvariante.

- Zustimmung: AR, BE, BL, BS, FR, GL, GR, NW, OW, SO, SZ, TI. SAV, FMH.
- Zustimmung, jedoch Bedenken und Bemerkungen zu einzelnen Vorschlägen: GE, GR Kantonsapothekerin, JU, NE, SG, VD, ZG, ZH. SPO.
- Ablehnung: --

3.2. Bemerkungen zur Änderung der Betäubungsmittelverordnung

- *Pro Betäubungsmittel ein Formular:* Artikel 40a Absatz 5 bestimmt, dass pro Betäubungsmittel ein eigenes Formular auszufüllen ist. Diese Bestimmung sollte insofern gelockert werden, als auch Mehrfachnennungen möglich sein sollten: JU, ZG,
- *Weiterleiten einer Bescheinigungskopie:* Die Pflicht, eine Kopie der Bescheinigung an die kantonale Stelle, wie sie Art. 40a Absätze 3 und 4 verlangt, zu versenden, soll gestrichen werden: NE, VD
- *Kritik am Formular* (zu wenig Platz zum Ausfüllen, irreführende Bezeichnungen wie "Behörde" mit "Arzt- oder Apothekerpersion", "Reichdauer" mit einem in der Schweiz verständlicheren Ausdruck, "Geburtsort" mit "Heimort" ersetzen: GR Kantonsapothekerin, GE, ZG, ZH, SPO.

⁶ eine Stellungnahme, beinhaltet auch den Kantonsarzt und Kantonsapothekerin

- *Datenschutz*: Der Hinweis auf die Möglichkeit der Auskunftserteilung von Personendaten an Dritte soll bereits auf dem Bescheinigungsformular verwendet werden: SG.

4. Fazit

Der Grundsatz, dass die Betäubungsmittelverordnung an die Vorgaben von Schengen angepasst werden muss, wird nicht in Frage gestellt. An dem in der ersten Anhörung vorgestellten Modell wird Kritik vor allem gegen den erhöhten Verwaltungsaufwand der Kantone erhoben. Das zweite Modell, in welchem die Apotheker neu als Bescheinigungsstelle einbezogen werden, stösst auf breite Zustimmung.

Anhänge:

- Adressatenliste der Anhörung 1 (Anhang 1)
- Adressatenliste der Anhörung 2 (Anhang 2)
- Abkürzungsverzeichnis

Anhang 1: Adressaten der ersten Anhörung

Kantonale Gesundheitsdirektionen	
-	Direction de la santé publique et des affaires sociales, 1700 Fribourg
-	Sanitäts- und Fürsorgedirektion des Kantons Glarus, 8750 Glarus
-	Gesundheits- und Sozialdepartement des Kantons Luzern, 6003 Luzern
-	Departement des Innern, Amt für Gesundheit und Soziales, 6431 Schwyz
-	Dipartimento delle opere sociali del Cantone Ticino, 6501 Bellinzona
-	Gesundheitsdirektion des Kantons Appenzell A.Rh., 9100 Herisau
-	Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion des Kantons Basel-Landschaft, 4410 Liestal
-	Département de la justice, de la santé et de la sécurité du canton NE, 2001 Neuchâtel
-	Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern, 3011 Bern
-	Gesundheitsdepartement des Kantons St. Gallen, 9001 St. Gallen
-	Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion, 6460 Altdorf
-	Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie des Kantons Wallis, 1950 Sitten
-	Département de la santé et de l'action sociale du canton de Vaud, 1014 Lausanne
-	Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich, 8090 Zürich
-	Gesundheitsdepartement des Kantons Aargau, 5001 Aarau
-	Département de la Santé, des Affaires sociales et de la Police du Canton Jura, 2800 Delémont
-	Departement des Innern des Kantons Solothurn, 4509 Solothurn
-	Gesundheitsdirektion Verwaltungsgebäude am Postplatz, 6301 Zug
-	Sozialamt des Kantons Schaffhausen, 8201 Schaffhausen
-	Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement des Kantons Graubünden, 7001 Chur
-	Gesundheits- und Sozialdepartement Appenzell i.Rh., 9050 Appenzell
-	Gesundheits- und Sozialdepartement Obwalden, 6061 Sarnen
-	Gesundheits- und Sozialdirektion des Kantons Nidwalden, 6371 Stans
-	Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt, 4006 Basel
-	Gesundheitsamt des Kantons Thurgau, 8510 Frauenfeld
-	Département de l'action sociale et de la santé du canton de Genève, 1211 Genève 3
Kantonsärzte und Kantonsärztinnen	
-	Vereinigung der Kantonsärzte der Schweiz VKS, Dr.med. Samuel Binz, 4509 Solothurn
-	Dr. med. Martin Roth, Kantonsarzt, 5001 Aarau AG
-	Dr. med. Franz Ebnetter, Kantonsarzt, 9050 Appenzell AI
-	Dr. med. Erhard Taverna, Kantonsarzt, 9107 Urnäsch, AR
-	Dr. med. Hans Gerber, Kantonsarzt, 3001 Bern, BE
-	Dr. med. Dominik Schorr, Kantonsarzt, 4410 Liestal BL
-	Dr. med. Anne Witschi, Kantonsärztin, 4010 Basel, BS
-	Dr. med. Georges Demierre, Kantonsarzt, 1700 Fribourg, FR
-	Dr. med. Daniel Brunner, Kantonsarzt, 8755 Ennenda GL
-	Dr. med. Georgette Schaller, Kantonsärztin, Plainpalais, 1211 Genève 4, GE
-	Dr. med. Mario Pajarola, Kantonsarzt, 7001 Chur, GR
-	Dr. med. Jean-Luc Baierlé, Kantonsarzt, 2800 Delémont 2 JU
-	Dr. med. Annalis Marty, Kantonsärztin, 6000 Luzern LU
-	Dr. med. Daphné Berner, Kantonsärztin, 2001 Neuchâtel NE
-	Dr. med. Hans Galliker, Kantonsarzt, 6386 Wolfenschiessen NW
-	Dr. med. Mario Büttler, Kantonsarzt, 6064 Kerns OW
-	Dr. med. Markus Betschart, Kantonsarzt, 9001 St. Gallen SG
-	Dr. med. Jürg Häggi, Kantonsarzt, 8201 Schaffhausen SH
-	Dr. med. Hans Binz, Kantonsarzt, 4509 Solothurn SO

-	Dr. med. Christian Sacher, Kantonsarzt, 6431 Schwyz SZ
-	Dr. med. Max Dössegger, Kantonsarzt, Frauenfeld TG
-	Dott. med. Ignazio Cassis, Kantonsarzt, 6501 Bellinzona TI
-	Dr. med. Philipp Gamma, Kantonsarzt, 6454 Flüelen UR
-	Dr. med. Daniel Laufer, Kantonsarzt, 1014 Lausanne VD
-	Dr. med. Georges Dupuis, Kantonsarzt, 1951 Sion VS
-	Dr. med. Rudolf Hauri, Kantonsarzt, 6300 Zug ZG
-	Dr. med. Ulrich Gabathuler, Kantonsarzt, 8090 Zürich ZH
-	Dr. med. Oskar Ospelt, Landesphysikus, 9494 Schaan FL
Organisationen	
-	Patientenorganisation, Postfach, 8023 Zürich
-	Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte FMH, Bern

Anhang 2 : Adressaten der zweiten Anhörung

Dieselben wie in der ersten Anhörung, zusätzlich:

Kantonsapotheker und Apothekerverband
- Schweizerischer Apothekerverband (SAV), Stationsstrasse 12, Postfach, 3097 Bern - Liebefeld
- Herr Franz Sutter, Leiter Gesundheitsamt, Gesundheit- und Sozialdepartement von AI, Marktgas- se 10d, 9050 Appenzell
- Frau Elisabeth Grimm, Kantonsapothekerin AG, 5001 Aarau
- Herr Peter Guerra, Heilmittelinspektor AR, 9102 Herisau
- Herr Dr. Samuel Steiner, Kantonsapotheker BE, 3011 Bern
- Herr Dr. Hans-Martin Grünig, Kantonsapotheker BL, 4101 Bruderholz
- Frau Viviane Fahr, Kantonsapothekerin BS, 4006 Basel
- Frau Brigitte Batliner, Amt für Lebensmittelkontrolle 9494 Schaan
- Dr. Jean Marca, Pharmaciens conseil FR, 1700 Fribourg
- Dr. Christian Robert, Pharmaciens cantonal GE, 1206 Genève
- Frau Eva Burkard-Berther, Kantonsapothekerin GR, 7000 Chur
- Monsieur Gabriel Voirol, Pharmaciens cantonal JU, 2800 Delémont 2
- Herr Dr. M. Mütsch, Kantonsapotheker LU, 6000 Luzern 11
- Dr. Jean-Blaise Montandon, Pharmaciens NE, 2001 Neuchâtel
- Frau Dr. Regula Willi-Hangartner, Kantonsapothekerin SZ, UR, NW, OW, GL 6440 Brunnen
- Herr Dr. Dieter Schilling, Kantonsapotheker SG, 9007 St. Gallen
- Herr Dr. B. Schmid, Kantonsapotheker SH, 8208 Schaffhausen
- Herr Dr. M. Schärer, Kanton Solothurn, 4509 Solothurn
- Herr Dr. Rainer Andenmatten, Kantonsapotheker TG, 8596 Münsterlingen
- Signor Giovan Maria Zanini, Farmacista cantonale TI, 6850 Mendrisio
- Madame Anne-Sylvie Fontannaz, Pharmacienne cantonale VD, 1014 Lausanne
- Madame Mariette Rurrer-Ruppen, Pharmacienne cantonale VS, 1951 Sion
- Herr Dr. P. Studer, Heilmittelinspektor ZG, 6301 Zug
- Herr Dr. Werner Pletscher, Kantonsapotheker ZH, 8033 Zürich

Anhang 3: Abkürzungsverzeichnis:

AG	Kanton Aargau
AI	Kanton Appenzell Innerrhoden
AR	Kanton Appenzell A.Rh.
BE	Kanton Bern
BetmG	Bundesgesetz vom 3. Oktober 1951 über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz)
BetmV	Verordnung vom 29. Mai 1996 über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelverordnung)
BL	Kanton Basel-Landschaft
BS	Kanton Basel-Stadt
FMH	Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte/Fédération des médecins suisses/Federazione dei medici svizzeri
FR	Canton de Fribourg
GE	République et Canton de Genève
GL	Kanton Glarus
GR	Kanton Graubünden
JU	Kanton Jura
KA	Kantonsarzt
LU	Kanton Luzern
NE	Kanton Neuenburg
NW	Kanton Nidwalden
OW	Kanton Obwalden
SG	Kanton St. Gallen
SH	Kanton Schaffhausen
SO	Kanton Solothurn
SSMA	Schweiz. Gesellschaft für Suchtmedizin
SZ	Kanton Schwyz
TG	Kanton Thurgau
TI	Repubblica e Cantone del Ticino
UR	Kanton Uri
VD	Canton Vaud
VS	Canton de Valais
ZH	Kanton Zürich
ZG	Kanton Zug